

**Beschluss (vorläufig)** Zivilgesellschaft stärken – Reform des Gemeinnützigkeitsrechts muss politisches Engagement absichern und neue Freiräume für die Zivilgesellschaft ermöglichen

Gremium: Bundesdelegiertenkonferenz

Beschlussdatum: 17.11.2019

Tagesordnungspunkt: V Verschiedenes

## Antragstext

- 1 Wir leben in bewegten Zeiten. Eine lebendige Zivilgesellschaft ist elementar für die
- 2 politischen Auseinandersetzungen in unserem Land. Engagierte Menschen tragen dazu
- 3 bei,
- 4 wichtige Anliegen auf die Tagesordnung der Öffentlichkeit zu heben und leisten ihren
- 5 Beitrag
- 6 zur Willensbildung. Sie sind oft treibende Kräfte für Veränderung, mit neuen politischen
- 7 Ideen und Visionen. Eine lebendige Zivilgesellschaft ist darauf angewiesen, finanziell
- 8 eigenständig und professionell arbeiten zu können, der Status der Gemeinnützigkeit ist
- 9 dafür
- 10 oft zwingend.
- 11 Umso besorgter sind wir über eine aktuelle Entscheidung des Bundesfinanzhofs, des
- 12 höchsten
- 13 deutschen Finanzgerichts. Dieser hat in einer Entscheidung vom Frühjahr 2019 zur
- 14 Gemeinnützigkeit des globalisierungskritischen Netzwerks Attac, das
- 15 Gemeinnützigkeitsrecht
- 16 restriktiv ausgelegt. Dies hat zur Folge, dass es derzeit eine massive Verunsicherung in
- 17 großen Teilen der gemeinnützigen Zivilgesellschaft gibt, denn viele sind in
- 18 gemeinnützigen
- 19 Strukturen eingebettet oder viele zivilgesellschaftliche Aktivitäten sind davon getragen
- 20 und
- 21 damit von der Gemeinnützigkeit abhängig. Auch wenn die Frage der Gemeinnützigkeit
- 22 auf dem
- 23 ersten Blick eine steuerrechtliche Frage ist, so geht die Bedeutung des Status der
- 24 Gemeinnützigkeit im Alltag viel weiter. Es handelt sich um einen Status, der an vielen
- 25 Stellen erst überhaupt Zugänge öffnet, sei es im Bereich von öffentlichen
- 26 Veranstaltungsräumen, meistens in Form vergünstigter Konditionen, im Bereich von
- Förder- und
- Kooperationsmöglichkeiten mit öffentlichen Stellen oder anderen gemeinnützigen
- Akteuren und
- in der Öffentlichkeit und bei vielen Menschen die diesen Organisationen spenden, wo
- die
- Bezeichnung gemeinnützig als Qualitätsmerkmal wahrgenommen wird. Besonders
- relevant ist die
- Gemeinnützigkeit für die Finanzierung von NGOs. Die meisten Stiftungen, deren
- Finanzierungsbeitrag insbesondere für junge NGOs als Anschubfinanzierung oft
- unabdingbar
- ist, dürfen sogar nur gemeinnützige Organisationen finanzieren.
- Die konkreten Folgen dieser Entscheidung für eine Vielzahl von bisher gemeinnützigen
- Organisationen sind derzeit noch nicht absehbar, die derzeit wahrgenommene Tendenz

ist aber  
27 bedrohlich. Es gibt immer mehr Organisationen, die um den Status der  
Gemeinnützigkeit bangen  
28 oder denen angedeutet wurde ihn zu verlieren. Dabei geht es um den Bund der  
Steuerzahler  
29 genauso wie um politische Kampagnenplattformen, die zum Beispiel mittels Petitionen  
eine  
30 Partizipation von Menschen ermöglichen, aber auch kommunale Akteure in der  
Jugendarbeit sind  
31 betroffen. Ihnen wird vorgeworfen, sich zu politisch zu engagieren, sich zu sehr für ein  
32 Ziel einzusetzen und dabei nicht den Zwecken der Gemeinnützigkeit Rechnung zu  
tragen. Dies  
33 betrifft sogar die Jugendarbeit, die auf einmal zu einer politischen Äquidistanz  
gedrungen  
34 wird und geht so weit, dass selbst Sportvereine verunsichert sind, weil es auf einmal  
35 fraglich ist, ob diese noch zu Anti-Nazi Demos aufrufen dürfen, da dies nicht von den  
36 eigentlichen Zwecken der Gemeinnützigkeit abgedeckt ist. Derzeit wird dies noch im  
minimalen  
37 Umfang von den Finanzämtern geduldet, obwohl ein solcher Aufruf im strengen Sinne  
der  
38 Abgabenordnung nicht gemeinnützig ist, Rechtssicherheit sieht definitiv anders aus.  
39 Noch größere Probleme haben all die NGOs, die sich um zivilgesellschaftliche Themen  
kümmern,  
40 die nicht in der Abgabenordnung als expliziter gemeinnütziger Zweck definiert sind.  
41 Steuergerechtigkeit, Kontrolle von Lobbyismus oder der Einsatz für Menschenrechte  
sind nur  
42 wenige Beispiele, die derzeit nicht als gemeinnütziger Zweck anerkannt sind.  
Organisationen,  
43 die sich in diesen Themenfeldern engagieren, sind also ganz besonders gefährdet. Statt  
ihre  
44 wertvolle Arbeit zu leisten, müssen diese Organisationen viel Geld und Kraft in die  
45 Auseinandersetzung um ihre Gemeinnützigkeit investieren. Diese Entwicklung ist nicht  
nur für  
46 die betroffenen Organisationen bedrohlich, sondern für unsere Gesellschaft insgesamt.  
Gerade  
47 in Zeiten zunehmender politischer Polarisierung, braucht es zivilgesellschaftliche  
48 Organisationen, die sich für Demokratie und unser Grundgesetz einsetzen können,  
ohne dem  
49 Risiko ausgesetzt zu sein, ihre Gemeinnützigkeit zu verlieren.  
50 Die Debatte um das Thema Gemeinnützigkeit erhält zudem eine zunehmende  
Zuspitzung durch  
51 einzelne politische Akteure, die gezielt versuchen mittels parlamentarischer Initiativen  
und  
52 Anfragen auf allen Ebenen, einzelne gemeinnützige Organisationen zu diskreditieren  
oder auch  
53 den Zugang zu öffentlichen Förderungen zu erschweren.  
54 Um Rechtssicherheit zu gewährleisten und eine politisch aktive Zivilgesellschaft zu  
55 erhalten, treten BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN für eine Reform des Gemeinnützigkeitsrechts  
ein. Es  
56 darf nicht nur um Schönheitsreparaturen an der Abgabenordnung geben, um den

Katalog der  
57 derzeit 25 gemeinnützigen Zwecke zu ergänzen, wie die seit Anfang an von uns  
geforderte  
58 Gemeinnützigkeit für Freifunk-Initiativen oder den Einsatz für den Klimaschutz.  
Vielmehr  
59 muss bei einer Reform deutlich gemacht werden, dass sich gemeinnützige  
Organisationen auch  
60 politisch engagieren und einbringen dürfen, auch außerhalb der oft sehr engen  
gemeinnützigen  
61 Zwecke. Dabei dürfen sie weder zu Parteien werden, zum Beispiel nicht für Wahlen  
antreten,  
62 noch für Parteien einseitig aufrufen, also sich parteipolitisch verhalten, oder sie gar  
63 finanzieren, ebenso müssen sie sich eindeutig im Rahmen unseres Grundgesetzes  
bewegen und  
64 insbesondere die Grund- und Menschenrechte achten. Rassistische oder gar  
menschenfeindliche  
65 Organisationen zum Beispiel wären nicht gemeinnützig. Wir Grüne wollen die  
Zivilgesellschaft  
66 nicht an den Katzentisch der politischen Auseinandersetzung verbannen, sondern auch  
den  
67 gemeinnützigen Akteuren in diesem Bereich die Sicherheit geben, sich engagiert  
einbringen zu  
68 können.

69 Als BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN streiten wir daher für mehr Rechtssicherheit für  
gemeinnützige  
70 Organisationen, damit sich diese weiterhin kreativ und engagiert auch in politische  
71 Auseinandersetzungen einbringen können. Wir Grüne streben daher eine umfassende  
Reform des  
72 Gemeinnützigkeitsrechts an. Wir wollen in das Gemeinnützigkeitsrecht zusätzliche  
Zwecke  
73 integrieren, die das Engagement der Bürger\*innen auch für bisher nicht ausdrücklich  
74 anerkannte Ziele wie die Durchsetzung des Sozialstaatsgebotes - einschließlich der  
dafür  
75 nötigen Finanzausstattung des Staates - oder z.B. die Durchsetzung der Grund- und  
76 Menschenrechte und LGBTIQ-Rechte steuerlich begünstigen. Diese wie bisherige  
Zwecke, ob  
77 Umweltschutz oder Gleichberechtigung von Mann und Frau, können oft nur durch die  
Teilnahme  
78 an der öffentlichen und auch politischen Willensbildung verfolgt werden. Das muss  
79 ausdrücklich und umfassend erlaubt sein.

80 Jedoch muss sicher gestellt werden, dass nicht die wirtschaftlich Mächtigen einen  
81 intransparenten und durch Steuervorteile übermäßigen Einfluss auf die öffentlich  
Debatte und  
82 politische Willensbildung gewinnen, der die gleichberechtigte Teilnahme aller  
Bürger\*innen  
83 am demokratischen Prozess gefährdet. Deshalb braucht es Transparenzregeln für alle  
84 politischen Akteure und für alle großen gemeinnützigen Organisationen. Hierzu können  
ein  
85 Lobbyregister und ein Gemeinnützigkeitsregister beitragen. In ein öffentlich  
zugängliches

86 Gemeinnützigkeitsregister gehören neben der Auflistung der verfolgten Ziele auch  
Angaben  
87 über die Finanzierung und über Großspenden.  
88 Klar muss sein, auch in Zukunft müssen sich gemeinnützige Organisationen politisch  
89 einbringen können, egal ob gegen Nazis auf der Straße, mit klugen Konzepten in der  
90 öffentlichen Auseinandersetzung oder mit einer engagierten Bildungs- und  
Informationsarbeit.  
91 Eine entschiedene Absage erteilen wir den Rufen aus Reihen von CDU/CSU oder FDP zur  
noch  
92 weiteren Einschränkung politischen Engagements im Gemeinnützigkeitsrecht.

93 Als ersten Schritt zu einer Europäisierung, wollen wir die Schaffung eines europäischen  
94 Vereinsrechts vorantreiben, das der Zivilgesellschaft ermöglicht, sich auch auf  
europäischer  
95 Ebene besser zu organisieren und ihre Interessen besser vorzutragen. Außerdem  
unterstützen  
96 wir den weiteren Abbau von Beteiligungshürden für die Zivilgesellschaft, sowie den  
Aufbau  
97 eines europäischen Fördertopfes, um professionelle zivilgesellschaftliche Strukturen  
98 europaweit strukturell zu unterstützen und damit ihre Arbeit nachhaltig abzusichern.

Wir  
99 erleben gerade wie in vielen europäischen Ländern zivilgesellschaftliches Engagement  
immer  
100 schwieriger wird, so etwa in Ungarn, wo NGOs verpflichtet sind, sich als „ausländisch  
101 finanziert“ zu registrieren und dies als Stigma auch bei sämtlichen Publikationen  
nennen  
102 müssen. Staatliche Repression ist dort allgegenwärtig, aber auch in anderen  
Mitgliedsstaaten  
103 der EU gibt es bedenkliche Entwicklungen. In Österreich schlug die FPÖ vor,  
104 Umweltorganisationen nur noch dann an Verfahren zu beteiligen, wenn diese die  
Privatadressen  
105 all ihrer Mitglieder offenlegen. Und nicht zuletzt die Entwicklungen zur  
Gemeinnützigkeit in  
106 Deutschland sollte uns zu denken geben. Als Grüne in Europa wollen wir hier helfen, mit  
den  
107 Rechtsstaatsinstrumenten auf der Ebene der EU, aber auch mit guten vorbildlichen  
108 Politikansätzen in den Nationalstaaten.

109 Dem zunehmend enger werdenden Raum für die Zivilgesellschaft, den so genannten  
„shrinking  
110 spaces“, setzen wir als Bündnisgrüne eine Strategie für neue Freiräume für das  
111 zivilgesellschaftliche Handeln entgegen, wir wollen neue Räume schaffen und damit  
einen  
112 „expanding space“ verwirklichen, durch mehr Sicherheit, Förderung und ein neues  
113 Gemeinnützigkeitsrecht. Darum treten wir Bündnisgrüne als verlässliche Partner\*innen  
einer  
114 aktiven Zivilgesellschaft von der kommunalen bis zur europäischen Ebene auf und  
streiten für  
115 sie und oft auch mit ihnen.